
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

REAKTIVIERUNG PENSIONIERTER LEHRER FÜR DEN DEUTSCHUNTERRICHT

29.10.2015

- **Hessen droht rote Laterne: andere Bundesländer wesentlich engagierter**
- **Landesregierung darf bei Integration durch Bildung nicht weiter die Hände in den Schoß legen**
- **Kultusminister muss sofort auf pensionierte Lehrer zugehen**

WIESBADEN – „Die Tatsache, dass die Hessische Landesregierung bis heute zögert, auf pensionierte Lehrer zuzugehen, um diese für den Fremdsprachenunterricht vor allem für junge Flüchtlinge zu gewinnen, ist unverantwortlich. Während in anderen Bundesländern schon Hunderte Lehrer, alleine in Schleswig-Holstein 150 Pensionäre, zu diesem Zweck an die Schulen zurückgekehrt sind, legt die Hessische Landesregierung die Hände in den Schoß und zögert bis zum heutigen Tage, unsere entsprechenden Anregungen aufzugreifen. Nachdem jetzt auch Niedersachsen 17.000 pensionierte Lehrer angeschrieben hat, droht Hessen die rote Laterne. Das ist nicht nur peinlich, sondern angesichts der Bedeutung der deutschen Sprache als Voraussetzung jeglicher Integrationsbemühungen schlicht unverantwortlich“, so der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH.

Greilich weiter:

„Ministerpräsident Bouffier und Finanzminister Schäfer sind gefordert, warmen Worten auch Taten folgen zu lassen. Das Bildungsressort braucht endlich Gewissheit, in welchem Umfang ihm zur Bewältigung der Aufgaben weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb muss Kultusminister Lorz im Kabinett nachdrücklich die Interessen der Bildung vertreten und durchsetzen, dass Klarheit geschaffen wird. Alle wissen, dass es zusätzliche Bundesmittel geben wird. Selbst wenn sich die schwarz-grüne Koalition nicht

der alten Forderung der Freien Demokraten beugen will, zehn Prozent dieser Mittel für Bildungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, muss sie Farbe bekennen, ob und in welchem Umfang sie ihrer Verantwortung gerecht werden will oder ob sie sich weiter weg duckt. Dass dies zu Konflikten mit Anderen, die Anspruch auf diese Mittel erheben, führt, ist unausweichlich. Durch Verzögerung wird aber nichts besser. Hessen braucht gerade jetzt keine Politik der eingeschlafenen Hand, sondern eine entscheidungsfreudige Landesregierung.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de